

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir, Dr. Carola Ensslen, Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Corona-Maßnahmen brauchen eine breite zivilgesellschaftliche und parlamentarische Debatte und Legitimation – Demokratie und Beteiligung mit einem Corona-Rat sicherstellen!**

Wir befinden uns mittlerweile im achten Monat der Corona-Pandemie und sehen uns aktuell nach einem anfänglichen Lockdown mit verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen, einem deutlichen Abflachen der Infektionskurve und einem relativ ruhigen Sommer mit einem dramatischen Anstieg der Corona-Erkrankten konfrontiert.

Klar ist, dass alles unternommen werden muss, dass sich der Virus nicht weiter verbreitet, und ein neuerlicher Lockdown unbedingt vermieden werden muss.

Klar ist aber auch, dass die anfängliche bedingungslose Bereitschaft in der Bevölkerung, alle vom Senat getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 unhinterfragt hinzunehmen, bröckelt. Wir meinen zu Recht. Kritik an einzelnen Maßnahmen ist begründet, der Senat muss sie ernst nehmen.

Das gilt ganz besonders für den Schulbereich, das gilt aber auch bei der beschlossenen Sperrstunde, den massiven Einschränkungen in der Gastronomie, den Restriktionen bei privaten Feiern, dem verordneten Tragen des Mund-Nasen-Schutzes im öffentlichen Raum. Viele dieser Maßnahmen erscheinen widersprüchlich, unlogisch, ja, sinnentleert, auf jeden Fall fehlt deren Evidenz und nachgewiesene präventive Wirksamkeit.

Es wird klar, dass der Senat nicht länger seine einsam getroffenen Entscheidungen via Pressekonferenzen verkünden kann, sondern in der Pflicht steht, die Krise in gemeinsamer Verantwortung mit dem gesamten Parlament und den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen zu bewältigen.

Um die Akzeptanz der Schutzmaßnahmen zu erhöhen und zu sichern, brauchen wir einen breiten demokratischen Prozess, bei dem sowohl die Bevölkerung mit ihren Vertretungen als auch das Parlament beteiligt werden müssen.

Ohne parlamentarische Beratung und Beschlüsse werden die größten Einschränkungen der Freiheitsrechte in der Geschichte der Bundesrepublik in Hinterzimmern beschlossen. Diese Delegitimierung des Landesparlaments, der Hamburgischen Bürgerschaft, muss beendet und durch eine Rückbesinnung auf unsere demokratischen Prinzipien der wachsenden „Corona-Müdigkeit“ in der Bevölkerung entgegengewirkt werden.

Bereits im April 2020 hat die Fraktion DIE LINKE mit Drs. 22/115 die Einrichtung einer Corona-Kommission beantragt, unter anderem damit für die wirksame und nachhaltige Bewältigung der Corona-Krise mehr Demokratie ermöglicht wird. Dieser Antrag wurde damals abgelehnt.

Wir brauchen jetzt mehr denn je dringend eine öffentliche Debatte zu den geplanten Maßnahmen. Deren Begründungen müssen transparent gemacht und nachvollziehbar sein. Die Expertise der Zivilgesellschaft muss miteinbezogen und ernst genommen werden.

Deshalb fordern wir mit diesem Antrag die parlamentarische Beratung und Beschlussfassung aller zu treffenden Maßnahmen sowie die Bildung eines Corona-Rates unter Einbeziehung von Experten/-innen und der Zivilgesellschaft, der dem Parlament Empfehlungen ausspricht.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

- a) umgehend einen Corona-Rat zu bilden bestehend aus Vertretern/-innen des Senates, der Regierungs- und Oppositionsfraktionen, aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Dazu gehören Vertretungen der Geistes-, Rechts- und Naturwissenschaften und aus Gewerkschaften, Kammern, Arbeitgeber/-innenverbänden, Umweltverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Interessensvertretungen (Pflegebündnis) und migrantischen Selbstorganisationen.

Er tagt mindestens zweimal pro Monat und hat die Aufgabe, auf Grundlage valider Daten und wissenschaftlicher Erkenntnisse kurz-, mittel- und langfristige Strategien und Maßnahmen zur wirksamen und nachhaltigen Bewältigung dieser Krise zu erarbeiten.

Darüber hinaus wird er beauftragt, in eingehender Analyse der Krise Konsequenzen aus dieser zu ziehen und daraus ableitend Vorschläge für nachgelagerte politische Entscheidungen zu erarbeiten. Dazu gehört auch, einen Vorschlag für ein Präventionsprogramm in Anbetracht möglicher zukünftiger Krisen ähnlichen Ausmaßes vorzulegen.

- b) Geplante Maßnahmen des Senates werden dem Corona-Rat mit der Bitte um Stellungnahme – auch kurzfristig – übersandt. Beratung und Beschlussfassung aller zu treffenden Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung sollen durch die Bürgerschaft sichergestellt werden.
- c) der Bürgerschaft einen Bericht zur Wirksamkeit aller bisher getroffenen Corona-Maßnahmen bis spätestens zum 15.12.2020 vorzulegen und ihn zu veröffentlichen.